



Protokoll

Kantonaler Parteitag vom 27. April 2017 in der alten Turnhalle in Grenchen 20.00 Uhr – 22.00 Uhr

Stimmberechtigte im Saal: 85, gemäss Mandatskontrolle (siehe Anhang)
Absolutes Mehr: 43
Gäste: 7 + Nicole Hirt, Kantonsrätin glp / Lucien Fluri, AZ

Entschuldigt:

Geschäftsleitung: Daniela Gerspacher, Bea Heim
Kantonsratsfraktion: Simon Esslinger, Stefan Hug, Hardy Jäggi, Fabian Müller, Luzia Stocker, Urs von Lerber
Rechnungsprüfungskommission: -
Fachausschuss: -
Beschwerde- und Schiedskomm: Daniel Kiefer
Sektionen: Joel Mussilier (Bettlach), Andreas Bühlmann (Biberist), Jeanette Baumgartner (Bolken), Andrea Boliger (Dulliken), Willi Bhend (Fulenbach), Peter Jordi (Gerlafingen), Peter Christen, Andreas Schreiber (Rechterswil), Bea Schibler (Zuchwil)

Geschäftsliste

1. Eröffnung des Parteitages

- ▶ Begrüssung des Sektionspräsidenten
- ▶ Eröffnungsrede der Parteipräsidentin
- ▶ Regierungsratswahlen vom 23. April - Rückblick

2. Bestellung der Stimmenzähler/innen

3. Genehmigung der Geschäftsliste

4. Protokolle

- ▶ 27. Oktober 2016
- ▶ 12. Januar 2017
- ▶ 13. März 2017

5. Genehmigung der Rechnung 2016 / Entlastung der Organe

6. Kantonale Vorlage für die Abstimmung vom 21. Mai 2017: «Ja zu einer guten Volksschule ohne Lehrplan 21»

- ▶ Pro: Nicole Hirt, Kantonsrätin aus Grenchen, glp
- ▶ Kontra: Mathias Stricker, Kantonsrat aus Bettlach, SP
- ▶ Diskussion
- ▶ Parolenfassung

7. Nationale Vorlage für die Abstimmung vom 21. Mai 2017: «Energiegesetz (EnG)» - Energiestrategie 2050

- ▶ Pro: Franziska Roth, Kantonsrätin aus Solothurn, SP
- ▶ Diskussion
- ▶ Parolenfassung

8. Varia

1. Eröffnung des ordentlichen Parteitages

- ▶ Begrüssung des Sektionspräsidenten
- ▶ Eröffnungsrede der Parteipräsidentin
- ▶ Regierungsratswahlen vom 23. April - Rückblick

Franziska Roth begrüsst die zahlreich erschienenen Delegierten, (noch Regierungsrat) Peter Gomm, Regierungsrätin Susanne Schaffner (Applaus), Roberto Zanetti, Philipp Hadorn, Nicole Hirt (glp) und die Presse. Das Wort hat Remo Bill.

Remo Bill, Sektionspräsident von Grenchen

Liebe Genossinnen und Genossen. Im Namen der SP Grenchen begrüsse ich euch ganz herzlich hier in der alten Turnhalle in Grenchen. Es freut mich, dass die Kantonalpartei den Frühlingsparteitag hier durchführt und als 1. Sektion unsere neugewählte Regierungsrätin Susanne Schaffner begrüssen darf. Marktbesuche mit Susanne in Grenchen haben mir gezeigt, dass Susanne auf die Menschen zugehen kann, den

Kontakt sucht und zuhören kann. Und es freut mich auch ganz besonders, dass ich als neugewählter Kantonsrat mit Susanne darf zusammenarbeiten. Auch die 1. Maifeier der SP Grenchen und SP Lengnau findet hier in der alten Turnhalle statt – mit Festrednerin Regierungsrätin Susanne Schaffner.

Kurz zur SP Grenchen: am 21. Mai finden die Gemeinderatswahlen statt. Die SP Grenchen möchte den Schwung aus den erfolgreichen Kantonsratswahlen mitnehmen und Erfolg haben. Wir haben eine Liste mit 13 Kandidierenden und uns zum Ziel gesetzt einen Sitz zuzulegen, von 5 auf 6 Mandate. Die politischen Verhältnisse im heutigen 15-köpfigen Gemeinderat sehen wie folgt aus: 5 SP, 4 FDP, 3 SVP, 2 CVP, 1 glp. Die SP Grenchen wurde 1872 gegründet und führte in diesem Jahr ihre 145. Generalversammlung durch. Wir arbeiten nach unserem Motto «gestalten, schaffen, bewegen» und sind eine aktive Sektion.

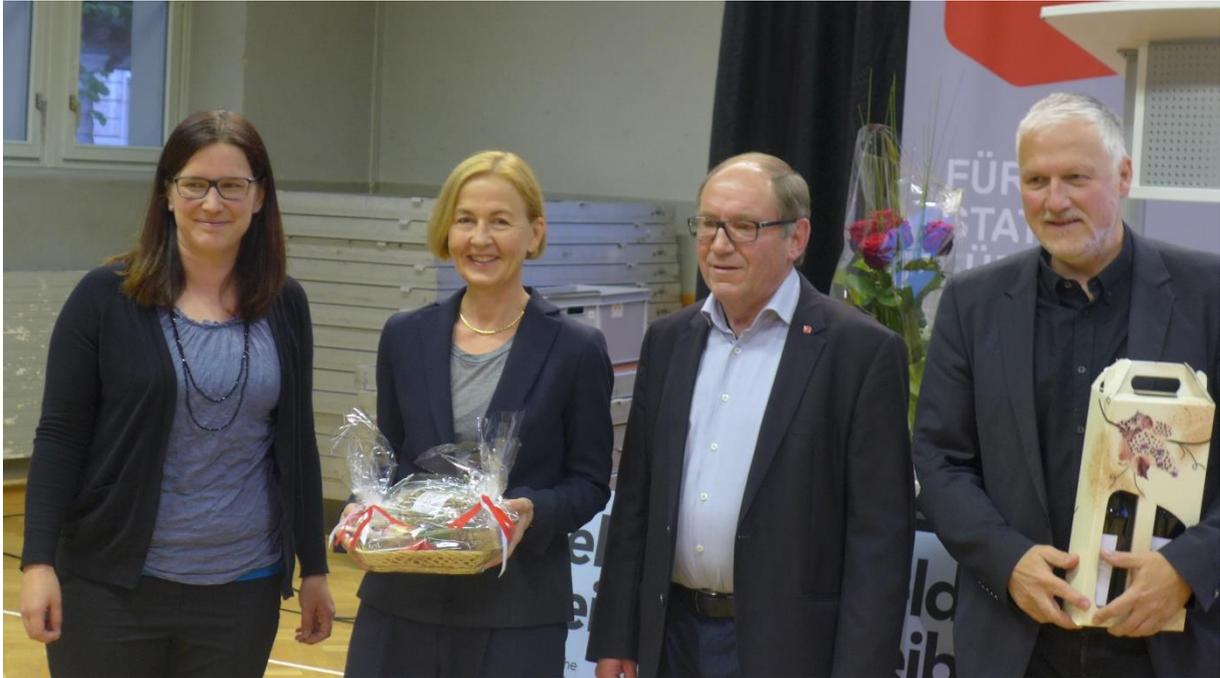


Grenchen wird zu Recht als Technologiestadt im Grünen betitelt. Im Mittelland zentral gelegen, zwischen der Witi und dem Grenchenberg. Die zweitgrösste Stadt des Kantons ist geprägt von der traditionsreichen Uhren- und Präzisionsindustrie grünen Wohn- und Lebensräumen mit guten Arbeitsplätzen. Die SP Grenchen setzt sich für eine aktive Wohnstadt im Grünen und nachhaltige Bodenpolitik ein. Es braucht zahlbare Wohnungen für Familien, auch in Grenchen. Dank der zentralen Lagen, sowie der Anbindung an das Strassen-, Schienen- und Flugnetz befindet sich die Stadt in einer guten Lage. Für den öffentlichen Nahverkehr steht ein dichtes Netz an Busverbindungen zur Verfügung. Wir freuen uns natürlich, dass die Schnellzüge auch weiterhin Grenchen halten. Mit der Uhrmacherschule und dem Technikum ist Grenchen auch ein wichtiger Ausbildungsstandort.

Wer sich für Grenchen interessiert, bietet Grenchen Tourismus und das Kulturhistorische Museum Stadtführungen an.

Im Namen der SP Grenchen überreiche ich Peter Gomm und Susanne Schaffner ein Präsent. (Applaus)

Ich danke für die Aufmerksamkeit und wünsche einen erfolgreichen Parteitag.



Eröffnungsrede der Parteipräsidentin

Franziska Roth: meine Rede wird heute kurz sein, denn im Zentrum steht Susanne Schaffner. Aber ich möchte heute nach langen Wochen und Monaten mit Hochgefühlen und anderen euch danken. Es macht mich stolz als Präsidentin zu wissen, dass man auf 300 Personen zählen kann die beim Telefonieren helfen, auf unzählige Mitglieder, die auch bei kalter Witterung an den Stand stehen und Wahlkampf machen und auch sonst wie grosses geleistet haben und leisten. Dieser Dank von meiner Seite kommt von Herzen, eure Leistung war phänomenal und macht mich stolz. Danken möchte ich auch dem Ehemann von Susanne, Martin! Er hat ganz viel geleistet, auch wenn er heute wieder nicht anwesend ist, er hat einen grossen Applaus verdient (Applaus). Danken möchte ich aber auch allen Wählerinnen und Wähler, welche die SP und ihre Kandidierenden unterstützt haben. Nun möchte ich aber gratulieren – Susanne, du hast einen intensiven Wahlkampf hinter dir, du warst eine wunderbare Kandidatin mit der man lachen konnte, aber auch mal die Faust machen. Von ganzem Herzen gratuliere ich dir zur Wahl in den Regierungsrat. (Applaus) An dieser Stelle gratuliere ich aber auch der gewählten Regierungsrätin Brigit Wyss von den Grünen. Zum ersten Mal wird im Kanton Solothurn eine Grüne in den Regierungsrat gewählt und zum ersten Mal in der Geschichte hat der Kanton Solothurn zwei Frauen in der Regierung (Applaus). Besonders gratulieren möchte ich aber auch der jungen SP Region Olten und der SP. Sie haben das Oltner Parlament wahrlich gestürmt und erreichten mit Olten und den Grünen neu 20 Sitze von 40. Die junge SP RO alleine hat neu 3 Sitze (bisher 1) (Applaus). Gratulieren möchte ich auch einem Geschäftsleitungsmitglied. Nancy Lunghi wurde mit einem Spitzenresultat neu in den Gemeinderat von Oensingen gewählt (Applaus). Weil Susanne Schaffner in den Regierungsrat gewählt wurde, kann ich auch Mara Moser aus Niedergösgen zur Wahl in den Kantonsrat gratulieren. Sie erreichte am 12. März den 1. Ersatzplatz und rückt nun nach. Mara, wir freuen uns in der Fraktion auf dich (Applaus).

Bitte merkt euch den 24. August, dann verabschieden wir nämlich Regierungsrat Peter Gomm. Seine Amtszeit endet am 31. Juli.

Susanne Schaffner, du hast das Wort.

Susanne Schaffner, Regierungsrätin. Liebe Genossinnen und Genossen, erst am Wahlsonntag, als der amtierende Regierungsrat in Tränen ausgebrochen ist, unsere Parteipräsidentin neben mir kein Wort mehr gesagt hat, Nik gejubelt hat und mein Ehemann mir tatsächlich eine SMS geschickt hat, wurde mir bewusst welche Anspannung auf allen gelegen hat. Es ist nicht nur um meine Wahl gegangen, sondern auch darum, dass wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auch in den nächsten 4 Jahren in der Regierung mitbestimmen. Es werden 4 wichtige Jahre, da braucht es starke Stimmen. Und, wir haben es geschafft! Vor euch steht die 1. Sozialdemokratische Regierungsrätin des Kantons Solothurn. Genau 100 Jahre nachdem Hans Affolter als erster SP-ler in die Regierung gewählt wurde. Das ist ein grossartiges Gefühl, ja ein historischer Moment. Deshalb danke zu allererst allen Frauen die während Jahren für ihre Rechte kämpfen, Misserfolge hinnehmen und Steine aus dem Weg räumen mussten. Dank ihrem Einsatz konnten wir letzten Sonntag überhaupt das Unmöglich möglich machen – erstmals in der Geschichte sitzt eine SP-Frau in der Regierung. Und ebenfalls historisch ist, dass erstmals zwei Frauen, und erst noch Linke, in der Solothurner Regierung sind. Auch ich gratuliere Brigit Wyss zur Wahl ganz herzlich. Ich konnte einen grossen Rückhalt von Frauen aus allen Parteien spüren. Dies war eine wichtige Grundlage für diesen Wahlerfolg. Liebe Frauen, liebe Pionierinnen, ich danke euch von ganzem Herzen – wir haben es «geschaffneret» (Applaus). Ich hab' aber auch immer gesagt, hinter mir steht eine grosse Partei. Dabei meinte ich nicht nur unseren grossen Wähleranteil und die vielen Mitglieder, sondern ich hab' gespürt, dass alle hinter mir stehen, mich tatkräftig unterstützen und bemüht waren, dass mich die Menschen im ganzen Kanton kennenlernen. Natürlich ist auch klar, dass ich in die Region Olten, wo ich herkomme, ganz besonders unterstützt wurde. Liebe Genossinnen und Genossen, danke, danke, danke!



Heute sagen viele, deine Wahl war klar und du hast alles richtiggemacht. Klar war gar nichts, wir mussten auch vor dem 2. Wahlgang nochmals grosse Überzeugungsarbeit leisten. Und ja, wir haben viel richtiggemacht, aber nur, weil alle am gleichen Strick gezogen haben. Wir mussten ja auch einen Slogan finden, meine Mann meinte «überzeugt». Eine Kollegin meinte, das gehe nicht, denn ich habe dies ja noch nicht bewiesen. Und dennoch haben wir diesen Slogan gewählt, denn während des Wahlkampfes

haben viele festgestellt, dass ich als Kandidatin überzeuge. Schlussendlich zeigt das Wahlresultat, dass ich über 30'000 Wählende damit überzeugen konnte. Mit aller Kraft und Leidenschaft werde ich mich in der Regierung für unsere Werte einsetzen. Wie es mein Name sagt, bin ich eine Schafferin mit Ausdauer (nicht nur beim Wandern) und gebe nicht rasch nach. Als Kind sass ich am liebsten am Steuer von unserem Traktor. Jetzt, bald 50 Jahre später, werde ich ein Teil des Solothurner Regierungsrats sein. Das ist ein grosser Weg und ich bin allen dankbar, welche mich dabei begleitet haben. Im Laufe dieses Wahlkampfes habe ich gemerkt, wie wichtig es für die Wählerinnen und Wähler ist, eine Persönlichkeit im Regierungsrat zu haben, die weiss wo sie steht und sich für Menschen einsetzt, die weniger privilegiert sind und versucht Ungerechtigkeiten zu verhindern. Als Regierungsrätin werde ich mich also auch für jene einsetzen, welche nach Bezahlung der Steuern, der Miete und der Krankenkassenprämie ihren Gürtel eng schnallen müssen. Notlagen sollten eigentlich gar nicht entstehen. Es müssen noch mehr Instrumente geschaffen werden, welche die Eigenverantwortung stärken. Ich werde dort anknüpfen, wo Peter Gomm in den letzten 12 Jahren politisch wichtige Meilensteine durchsetzen konnte. Peter, vielen Dank! Für intelligente Lösungen braucht es uns alle. Der Staat kann nicht alles auffangen. Wir brauchen eine Gesellschaft, welche bereit ist, Verantwortung zu übernehmen. Der Staat muss mit den dafür notwendigen Mitteln sie Rahmenbedingungen schaffen. Ich bin überzeugt davon, dass ich gemeinsam mit der Regierung, dem Kantonsrat, allen Parteien und den Bürgerinnen und Bürger gute Lösungen anstreben kann, dies trotz angespannter finanzieller Lage des Kantons. Und ich werde alles unternehmen, damit ich in dem mir zugewiesenen Departement meinen Gestaltungsspielraum nutze, der Kanton Solothurn mit all seinen verschiedenen Bedürfnissen von Menschen und Regionen weiterkommt.



Liebe Genossinnen und Genossen, ich danke allen für die grosse Unterstützung, allen Spenderinnen und Spender, Helferinnen und Helfer und allen Wählerinnen und Wähler. Ich danke allen Mitgliedern in den Sektionen und Amteien, allen Kandidierenden für den Kantonsrat und die Gemeinderäte, Roberto, Philipp, Bea und Peter, Freunden und KollegInnen, der jungen SP Region Olten, Juso und den Gewerkschaften für Inserat aufgeben, Leserbriefe schreiben, Kartenschreiben, Äpfel und Rosen verteilen, Flyer verteilen, Stand aufbauen, Stand abbauen, Plakate aufhängen, Plakate abhängen, fürs Jassen und ganz allgemein – einfach fürs Überzeugen. Grossartig, wunderbar! Ich

danke der Parteileitung und ganz besonders der Parteipräsidentin, Franziska Roth. Sie stand immer hinter mir und hat mich tatkräftig unterstützt. Ich danke meiner engsten Crew und ganz besonders meinem Mann. Im Hintergrund hat er eine riesige Arbeit geleistet. Und schliesslich ein grosses Merci an Nik Wepfer. Ihm war nie etwas zu viel, hat Tag und Nacht gearbeitet und hat immer motiviert. Er war immer da, hatte immer Zeit, egal ob es mir gut ging oder nicht, nichts vergass und alle Fäden beieinander hielt. Nik, es war eine lange und strenge Zeit – herzlichen Dank (Applaus). Wir wissen, unsere Partei würde ohne dich nicht funktionieren. Ich hab' dir etwas mitgebracht. Am Wahlsonntag haben wir ja bei mir zu Hause gefeuert, u.a. auch mit selbstgebrautem Regierungsrätin-Bier meiner Nachbarin (Punkt 22.00 Uhr kam die Polizei wegen Nachtruhestörung). Von diesem Bier gibt es noch einen Restbestand, den ich dir gerne schenke. (Applaus)

Zum Schluss noch dies, ich arbeite nicht nur gerne, ich feste auch sehr gerne. Und damit wir das nächste Mal nicht die Polizei im Haus haben, organisiere ich am 24. Mai 2017 in der Schützi in Olten ein Wahlfest – ihr seid alle eingeladen. Es gibt Musik, essen und gute Laune.

Ich freue mich auf eine spannende Zeit in einem spannenden Amt. Nochmals allen eine grosses Merci! (Applaus)

2. Bestellung StimmzählerInnen

Tisch 1: Katrin Hürzeler, Gretzenbach
Tisch 2: Christian Müller, Derendingen
Tisch 3: Nadine Vögeli, Hägendorf
Tisch 4: Matthias Anderegg, Solothurn

Beschluss: Das Stimmzählerinnen und Stimmzähler werden einstimmig gewählt

3. Genehmigung der Geschäftsliste

Beschluss: Die Geschäftsliste wird einstimmig genehmigt.

4. Genehmigung der Protokolle

- ▶ 27. Oktober 2016
- ▶ 12. Januar 2017
- ▶ 13. März 2017

Beschluss: Die Protokolle werden einstimmig genehmigt und verdankt

5. **Genehmigung der Rechnung 2016 / Entlastung der Organe**

Patricia Kofmehl, Buchhaltung

Liebe Genossinnen und Genossen, gerne stelle ich Euch die Rechnung 2016 der Sozialdemokratischen Partei vor.

4 Blätter (Rechnung und Bilanz) als Anhang beim Originalprotokoll

Diskussion: keine Wortbegehren

Im Namen der Geschäftsleitung danke ich allen für die Unterstützung (Applaus)

Simon Bürki verliest im Namen der Rechnungsprüfungskommission (Fatma Tekol, Thomas Marbet, Simon Bürki) den Bericht, empfiehlt die Rechnung zu genehmigen und den Rechnungsführern Decharge zu erteilen.

pers. Bemerkung: Zuerst möchte ich mich bei Nik und Patricia bedanken: 1. weil Nik sparsam mit unseren finanziellen Mitteln umgeht und am richtigen Ort ausgibt und 2. Weil Patricia zuverlässig und korrekt meist im Hintergrund arbeitet und die Rechnungsführung korrekt ausführt. Mein Dank geht auch an alle Spenderinnen und Spender und für die Solidaritätsbeiträge. Vielen Dank (Applaus)

Franziska Roth: Die Geschäftsleitung empfiehlt euch die Rechnung zu genehmigen und den Rechnungsführern Decharge zu erteilen.

Beschluss: Die Delegierten der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Solothurn genehmigen die Rechnung 2016 und stimmen dem Antrag der RPK zu, die Rechnungsführer zu entlasten.

6. **Kantonale Vorlage für die Abstimmung vom 21. Mai 2017: «Ja zu einer guten Volksschule ohne Lehrplan 21»**

- ▶ Pro: Nicole Hirt, Kantonsrätin aus Grenchen, glp NH
- ▶ Kontra: Mathias Stricker, Kantonsrat aus Bettlach, SP MS
- ▶ Moderation: Lucien Fluri, Redaktor AZ Medien LF
- ▶ Diskussion
- ▶ Parolenfassung

LF: Nach der Rede von Susanne Schaffner sind wir wieder in der Realpolitik zurück und versuchen in 1 Stunde Klarheit darüber zu bekommen, ob die Volksinitiative gegen den Lehrplan 21 gut oder nicht gut ist. Auf dem Podium kann ich euch zwei Lehrer ankünden, beide haben dicke Ordner mitgenommen und wir wissen, es braucht nicht nur dicke Bücher, man muss das Wissen auch anwenden können. Beide sitzen im Kantonsrat, sind Bildungspolitiker und meistens nicht gleicher Meinung. Mathias Stricker ist Primarlehrer, Kantonsrat der SP und Mitglieder der Geschäftsleitung des LSO. Nicole Hirt ist Kantonsrätin der glp, hat auf verschiedenen Stufen von Kindergarten bis Oberstufe unterrichtet und arbeitet heute am sonderpädagogischen Zentrum in Kriegstetten. Sie

wohnt in Grenchen, ist im Moment jedoch als engagierte Lehrplangegnerin viel unterwegs und amtiert als Copräsidentin des Initiativkomitees. Als erstes möchte ich wissen, wie habt ihr eure Schulzeit in Erinnerung und was habt ihr mitgenommen?



MS: guten Abend miteinander. Ich ging sehr gerne in die Schule und ich glaube, dass dies mit den Lehrpersonen zu tun hatte. Man hat mich erst genommen und wir haben immer viel unternommen. Viele dieser Erlebnisse bleiben und an eines mag ich mich ganz besonders erinnern: in der 4. Klasse spielten wir ein Puppentheater auf. Der Lehrer hat es geschafft, jedem Kind die richtige Rolle zuzuteilen. Dies spricht dafür, dass man bereits damals kompetenzorientiert gelernt hat. **NH:** zuerst möchte ich der SP zu ihrem Wahlerfolg recht herzlich zu ihrem Wahlerfolg gratulieren und Susanne Schaffner zur Wahl in die Regierung. Auch ich hab' gute Erlebnisse an die Schule, auch wenn ich mich immer auf die Ferien gefreut habe. Ich war die Klassenbuchhalterin und dafür zuständig auszurechnen, in wie vielen Lektionen die nächsten Ferien anstehen. Am schlimmsten war für mich, dass ich infolge Fieber fast nicht auf die Schulreise mitgehen konnte. Am Schluss hat's dann doch geklappt. Bereits als Schülerin wollte ich Lehrerin werden, aber mein Lehrer meinte, ich sei zu minimalistisch, so dass ich eine kaufmännische Lehre absolvierte und auf dem 2. Bildungsweg dann eben doch noch Lehrerin. **LF:** am 21. Mai stimmen wir über die Einführung des Lehrplans 21 im Kanton Solothurn ab. **MS:** wir können auf unser Bildungssystem sehr stolz sein, können es ins Ausland weitergeben und der Kanton Solothurn lobt sich, in digitaler Hinsicht sehr fortschrittlich zu sein, warum muss man jetzt dieses System ändern? **MS:** wir ändern es nicht und machen auch keine Revolution, sondern eine Evolution. Die Revolution fand mit dem Lehrplan 92 statt. Dies war eine grosse Geschichte gegenüber dem vorangehenden System. Jetzt geht es um eine Anpassung an die heutige Zeit und darum den Lehrplan zu verschlanken. Die Gegner sagen ja immer, der Lehrplan 21 sei ein Monster. Das Gegenteil ist der Fall, es handelt sich um eine Betriebsanleitung für uns Lehrer. Und nach 20 Jahren darf diese überarbeitet werden. **LF:** **NH:** du bist einer Partei die sich progressiv nennt, nahe bei der Wirtschaft. Die glp hat es gemeinsam mit der SVP geschafft, gegen die Wirtschaft, für diese Initiative die nötigen Unterschriften zu sammeln. Mit welchem pädagogischen Geschick ist dir dies gelungen? **NH:** es sind auch Leute von der CVP und der EVP dabei. Wie hab' ich das geschafft? Eben, weil ich liberal und wirtschaftsfreundlich bin, aus diesem Grund bin ich gegen den Lehrplan 21. Wenn man

den Lehrplan 92 liest, versteht man diesen. Wenn man den Lehrplan 21 versucht zu lesen, versteht man diesen nicht auf Anhieb. Beat Zemp, der oberste Schweizer Lehrer meinte gestern auf einem anderen Podium, der Lehrplan 21 müssen nur von Fachpersonen verstanden werden. Ich hab' dazu eine andere Meinung. 1. Ein Lehrplan muss von allen verstanden werden. 2. Die Befürworter nennen auch als Grund für den Lehrplan, die Harmonisierung unter den Kantonen, damit es bei Kantonswechsel den Schülerinnen und Schüler einfacher fällt, den Anschluss zu finden. Dieses Argument stimmt schlicht und einfach nicht. Nehmen wir das Beispiel mit den Fremdsprachen. Jeder Kanton hat eine andere Praxis. **LF**: ihr nennt dies Harmonisierungsbschiss, die SP sprach auch bei der USR III auch von Bschiss. **MS**, ist ein ein Bschiss oder nicht? wenn ich Kinder hab' und vom einen Kanton in den anderen umziehe, spielt es eine Rolle ob ich ja oder nein stimmen? **MS**: ich hoffe stimmst für die Harmonisierung. Der Lehrplan 21 ist dafür da, dass auch bei den Fremdsprachen eine möglichst optimale Harmonisierung stattfindet. Es scheint logisch, dass sog. Brückenkantone zuerst mit Französisch anfangen und andere eher mit Englisch. Führen wir den Lehrplan nicht ein, ist diese Problem auch nicht gelöst. Aber in allen anderen Fächer findet eine Harmonisierung statt und dies ist ein grosser Schritt. **NH**: im Kanton Baselland sit der Unterricht ganz anders geplant als dies der Lehrplan vorsieht. Ich frage mich ob in einem Land wie der Schweiz dies überhaupt möglich ist. **MS**: du kommst aus einer liberalen Partei und verlangst, dass in allen Kantonen zur gleichen Zeit das gleiche Fach unterrichtet wird. Das tönt ja nach Zentralismus. Es liegt doch in der Natur der Kantone, dass es auch weiterhin fachbezogen Unterschiede geben wird. **LF**: **NH**, wenn wir den Lehrplan ablehnen, ist der Kanton Solothurn eine Insel, wie soll das gehen ohne Lehrplan? **NH**: wir haben einen Lehrplan, einen guten sogar. Dieser wurde viermal angepasst mit den Sekreformen. Ich schlage vor, wir nehmen alle Lehrpläne, nehmen das beste heraus und machen einen für uns zugeschnittenen Lehrplan. Der nun vorliegende Lehrplan führt eine ganz neue Denkweise ein, nämlich das kompetenzorientierte Lernen. Aus Erfahrung in anderen Ländern weiss man, dass diese Methode zum Scheitern verurteilt ist. Ich frage mich, warum wir etwas einführen wollen, was in anderen Ländern bereits erprobt



wurde und nicht funktioniert. Ich verstehe nicht warum SP, FDP und die Wirtschaft einen Markt unterstützen wollen für Lehrmittel und Nachhilfeinstitutionen. Dort reibt man sich bereits die Hände. Dieser Lehrplan will Menschen für die Wirtschaft züchten. Ich will,

dass zuerst die Menschen gebildet werden und nicht in erster Linie Berufsleute. Für das Erwerbsleben werden die jungen Leute dann während der Lehrzeit vorbereitet, aber sicher nicht schon in der Schulzeit, geschweige denn im Kindergarten. **LF:** Mathias, du bist Lehrer, kannst du uns mitteilen was du mit deinen Schülern machst, werden deine Schüler wie Berufsleute behandelt und nicht zu Menschen gebildet? **MS:** würde dann gerne dazu ein Beispiel geben. Eigentlich möchten wir ja dasselbe, die Kinder bilden, natürlich auch im Mensch sein. Dies machen wir ja auch mit dem Lehrplan 92 und auch der Lehrplan 21 will dies, nämlich die Bildung zu mündigen und selbständigen Menschen, welche ihr Leben bestreiten können. Deshalb ist der neue Begriff «Bildung mit nachhaltiger Entwicklung» sehr wichtig und gut. Die Nachhaltigkeit fehlt zum Beispiel im alten Lehrplan. Dass die glp dies nicht gut findet, kann ich so nicht verstehen. **NH:** für den unbestrittenen Begriff «Nachhaltigkeit» hätte es keinen neuen Lehrplan gebraucht und das Rad nicht neu erfunden werden müssen. **MS:** das stimmt nicht, bereits der geltende Lehrplan fördert im Ansatz kompetenzorientiertes Lernen. Der Lehrplan 21 ist eine Weiterentwicklung. **NH:** jetzt hab' ich aber eine Frage, wenn ich die Kompetenzen lese, welche im Übrigen von vielen nicht verstanden werden, ist es richtig, dass neu jeder Kompetenz ein Inhalt zugeordnet werden muss? **MS:** das ist je nach Fachrichtung sehr unterschiedlich. Im Lehrplan 92 haben noch relativ wenig Inhalte, so steht zB. unter Geografie: «Landschaften im Kanton Solothurn». Dies lässt den Lehrpersonen einen sehr grossen Spielraum offen. Im 21-er wird alles etwas konkreter beschrieben, dies auch dank unseren Interventionen im Rahmen der Vernehmlassung.



Das Wissen muss also neu festgehalten werden. Und weiter wurde die erste Fassung massiv entschlackt, für die Lehrer ist der Lehrplan ein Planungsinstrument und lesbar. **LF:** im Zeitalter von Handy und Google, warum Nicole wehrt ihr euch gegen kompetenzorientiertes Lernen? **NH:** für eine Erklärung mache ich gerne einen Vergleich in der Wirtschaft: der Chef kauft eine neue Maschine und sagt dem Mitarbeiter, er solle mal schauen wie diese funktioniert. Irgendeinmal findet die Funktion auch der Mitarbeiter heraus. Ob dies sinnvoll ist, bezweifle ich, erst recht in der Schule. Einige Kinder werden es schaffen, aber die allermeisten nicht, weil sie eben eine Anleitung brauchen. Es braucht eine Einführung, Begleitung und Leitung. Es kann nicht sein, dass Lehrer nur noch am Bildschirm sitzt und die Kinder Fragen stellen, wenn sie nicht mehr weiterkommen. Es gibt zu viele schwache Kinder, welche diesem System nicht werden folgen

können. **MS:** Nicole wird jetzt sehr plakativ. Es gibt ein altes chinesisches Sprichwort: «ich höre und vergesse, sehe und erinnere mich, ich tue und verstehe». Genau diese Ziele hat der Lehrplan 21. Was nichts anderes heisst, dass man alles Gelernte auch versteht. Heute macht man, nach dem der Stoff behandelt ist, ein Häkchen, egal ob damit auch Verständnis gemeint ist. Gerne möchte auch ich ein Beispiel machen: ich unterrichte zurzeit die 6. Klasse, ich erkläre den Kindern eine Formel einer Bruchrechnung, sie können es dann, wissen aber nicht warum es so ist. Die andere Möglichkeit wäre, die gleiche Frage zu stellen, aber mit den Schülern gemeinsam zu erarbeiten, warum und wie es zu dieser Formel kommt – das ist kompetenzorientiertes Lernen. Klar, das Übern wird mit dem Lehrplan nicht wegfallen. Was glaubst du Nicole, welche Kinder haben es besser verstanden? **NH:** dieses Vorgehen braucht viel mehr Zeit, die wir nicht haben. Du sprichst jetzt von der Primarstufe, stell dir mal dies in der Oberstufe vor, woher willst du diese Zeit nehmen? oder in der Berufsschule? **MS:** die Berufsschulen funktionieren schon lange nach «kompetenzorientiertem Lernen». Und dann ist es so, das muss nicht immer genau so ablaufen, es handelt sich um einen Ansatz, es gilt nach wie vor die Methodenfreiheit. Es liegt an uns Lehrer zu entscheiden, was Sinn macht und was nicht, Frontalunterricht, Instruktion oder Planarbeit. Das ist die Realität. **LF:** ich möchte zu den Schülern kommen, die Gegner behaupten, die schwächeren Schüler werden abgehängt und die stärkeren werden es schaffen. **MS:** diese Behauptung ist falsch, genau diese Frage beantwortet der Lehrplan 21 sehr schön. Jedes Kind wird dort abgeholt wo es steht. Es ist die Aufgabe der Lehrer jedes Kind dort zu fördern wo es nötig ist. IN einer Klasse gibt es bezüglich des Wissens Unterschiede von bis zu 3 Jahren. Natürlich ist dies eine schwierige und anspruchsvolle Aufgabe, aber wir arbeiten daran – immer. Nicole, du hast gesagt, das kompetenzorientierte Lernen sei in anderen Ländern gescheitert. Dazu muss man doch etwas sagen: in den USA z.B. hat man das kompetenzorientierte Lernen mit Geld honoriert. Hat eine Schule gute Erfolge, hat sie auch mehr Geld erhalten. Dies führte dazu, dass schwächere Kinder gar nicht mehr zu den Tests zugelassen hat. Das kann ja nicht funktionieren. Oder Neuseeland wird als «gescheitert» genannt. In naturwissenschaftlichen Fächern lag Neuseeland vor der Schweiz, trotz oder wegen kompetenzorientiertem Lernen. Oder das Bundesland Baden-Württemberg wird ebenfalls genannt. Man kann nicht Äpfel mit Birnen vermischen, die Ursachen können ganz vielseitig sein. ZB. gibt es in diesem Bundesland den tiefsten Anteil an Kinderbetreuungsmöglichkeiten, auch da könnte ein Zusammenhang bestehen. Kompetenzorientiertes Lernen ist eine nationale Geschichte und kann nicht international verglichen werden, ausser man vergleicht Gleiches mit Gleichem. **LF:** ich möchte noch das Lernen im Schulzimmer ansprechen. Die Gegner sagen der Lehrer werde ein Coach. Was ist nun richtig? **MS:** ich hab' das Wort «Coach» im Lehrplan gesucht. Es kommt kein einziges Mal vor. Aber was an einem Coach grundsätzlich falsch sein soll, weiss ich nicht. Jede Mannschaft, auch im Sport, braucht ein Coach und ist mit der zentralen Führung betraut. Auch ein Lehrer hat die zentrale Führungsrolle einer Klasse. Dies stand übrigens auch schon im alten Lehrplan. Und sollte es dazu führen, dass die Lehrperson nur noch in den Bildschirm schaut, ist sie definitiv am falschen (Berufs)-Platz und arbeitet nicht professionell. **LF:** Was würde denn mit dem neuen Lehrplan ändern? **NH:** ich würde auch gerne wissen was auf uns zu käme. Ich hab' gehört, dass die Lehrkräfte 24 Tagen Weiterbildungstage absitzen müssen, genau weiss noch niemand was auf uns zukommt, wann die Lehrpersonen den Lehrplan erhalten, weiss ebenfalls noch niemand. Oder wie die Leistungen der Schüler beurteilt werden sollen, weiss niemand. Wird es z.B. künftig keine Noten mehr geben? **MS:** klar wissen wir wie es weitergeht, der Wissenstand ist nicht in allen Kantonen gleich. Noten wird es weiterhin geben auch wenn ich die persönliche Beurteilung besser finde als die Notengebung. **NH:** was wir auch bemängeln sind die 3 Zyklen (Kindergarten, Primar- und Sekstufe. Wie sollen unterschiedlich starke Schüler da noch beurteilt werden

können? **MS:** diese Frage stellt sich schon heute und bleibt immer die gleiche. Wir müssen die Kinder dort abholen wo sie stehen und entsprechend beurteilen. **LF:** zum Schluss, der Grossteil der Lehrer unterstützt den neuen Lehrplan, auch die Lehrerverbände. Ist es klug wenn man sagt, wir wollen den Lehrplan nicht? **NH:** die Umfrage unter den Lehrer war unseriös. Man konnte entweder ja oder nein sagen zum Lehrplan, differenzierte Antworten waren nicht möglich, dies zu einem Zeitpunkt, wo der Lehrplan von der Lehrerschaft noch nicht gelesen war. **LF:** haben dann die Lehrer über etwas abgestimmt ohne zu wissen um was es geht? **MS:** natürlich nicht. Schon mehrere Jahre ist der Lehrplan ein Thema. Dieser wurde von hunderten von Lehrpersonen erarbeitet und erschaffen und nicht von Bildungsbürokraten, wie ihr das immer rügt. Und der Lehrerverband ist noch einiges länger dabei. Wir waren ja im ganzen Prozess immer dabei und involviert. **NH:** gestern, anlässlich eines anderen Podiums wurde die Frage gestellt, woher diese Idee überhaupt kommt. Der CH-Lehrerverband sagte darauf, dies komme von der Erziehungsdirektorenkonferenz (angeblich als Auftrag von der OECD) und sicher nicht von den Lehrern. Die Idee dahinter ist die, dass alle Schüler gemessen werden können. Diese unsäglichen Checks, die wir heute schon machen müssen, dauern fast eine ganze Woche lang. **MS:** unsere Checks haben keine Noten zur Folge, sind also nicht selektionswirksam. Die SP war die Partei, welche die Checks vor allem aus Datenschutzgründen kritisiert hat. Im Kantonsrat haben wir 2012 sehr kritische Fragen gestellt, ihr, die Bürgerlichen haben die Checks gutgeheissen und wurde durch eure Mehrheit eingeführt. **LF:** letzte Frage, was passiert wenn die Initiative angenommen wird? **MS:** der Kanton Solothurn wäre dann sehr isoliert, weil in vielen Kantonen der Lehrplan bereits beschlossene Sache ist. Dann müssten wir eigene Lehrmittel produzieren, was sehr kostspielig sein wird und wir müssten die Aus- und Weiterbildung auf solothurnische Verhältnisse anpassen. Die Regierung schätzt diese Kosten allein auf gegen 900'000 Franken. **NH:** das sehe ich natürlich anders. Es macht doch nichts, wenn wir «alleine» dastehen. Wir haben ohne Lehrplan 21 weltweit eines der besten Bildungssysteme. Es gibt absolut keine Notwendigkeit dieses System zu ändern. Und wir haben natürlich einen gültigen Lehrplan. Diesen kann man für wenig Geld anpassen. Und, es könnte auch ein Standortvorteil werden für Solothurn «gute Bildung ohne Lehrplan 21». **LF:** das Podium beenden wir damit und eröffnen die Diskussion im Publikum.

Karin Kälin: als Professorin stellt sie fest, dass oft das vernetzte Denken fehlt. In einem längeren Votum begründet sie, warum das kompetenzorientierte Lernen unbedingt gefördert werden muss.

Georg Hasenfratz: die SP reagiert beim Thema «Bildung» gerne reflexartig. Ist die SVP dagegen, sind wir dafür oder umgekehrt. Ist der Meinung, der Lehrplan könne nicht halten was er verspreche. Er stimmt aus 3 Gründen der Initiative zu. 1. Versprechen der Harmonisierung sind nicht glaubhaft. 2. Der grösste Teil der Schülerschaft wird mit der neuen Lehrart überfordert sein und 3. Die Erfahrungen mit dem kompetenzorientierten Lernen sind schlecht. (Applaus)

Cedric Branchi: ihn überzeugt die Initiative nicht, findet allerdings auch den Lehrplan nicht perfekt. Schildert das System aus eigenen (nicht immer guten) Erfahrungen und bedauert, dass die Bildung generell zu wirtschaftsnah ist.

Lucien Fluri bedankt sich für die Aufmerksamkeit.

Franziska Roth: die GL empfiehlt die NEIN-Parole

Beschluss: Die Delegierten der Sozialdemokratischen Partei beschliessen grossmehrheitlich, bei 4 Gegenstimmen, die NEIN-Parole zur Volksinitiative gegen den Lehrplan 21.

Applaus



7. Nationale Vorlage für die Abstimmung vom 21. Mai 2017: «Energiegesetz (EnG)» - Energiestrategie 2050

- ▶ Pro: Franziska Roth, Kantonsrätin aus Solothurn, SP
- ▶ Diskussion
- ▶ Parolenfassung

Franziska Roth präsentiert und kommentiert 18 Folien (Anhang)

Chronologie:

- 11. März 2011: Nuklearkatastrophe in Fukushima
- 25. Mai 2011: Motionen für den Ausstieg aus der Atomenergie werden vom Parlament angenommen
- Herbstsession 2016: National- und Ständerat stimmen der Energiestrategie zu
- 27. November 2016: Schweizer Stimmvolk lehnt die «Atomausstiegsinitiative» ab
- 31. Januar 2017: Referendum gegen Energiestrategie ist zustande gekommen
- 21. Mai 2017: Abstimmung über die Energiestrategie

Worum geht es?

Die Stromversorgung soll langfristig gesichert werden. Die politische Grundlage dazu bildet die Energiestrategie 2050.

Nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima haben Bundesrat und Parlament 2011 im Grundsatz entschieden, schrittweise aus der Kernenergie auszusteigen: Die bestehenden fünf KKW sollen am Ende ihrer sicherheitstechnischen Laufzeit abgeschaltet und nicht durch neue KKW ersetzt werden.

Dieser Entscheid, aber auch das veränderte internationale Marktumfeld und neue Energietechnologien erfordern einen Umbau des Schweizer Energiesystems. Das Parlament hat dazu am 30. September 2016 das erste Massnahmenpaket zur Energiestrategie 2050 verabschiedet. Dieses umfasst Massnahmen, um die Energieeffizienz zu erhöhen und erneuerbare Energien auszubauen.

Dazu gehören z.B. eine verstärkte, aber auch marktnähere finanzielle Förderung der erneuerbaren Energien wie Sonne, Wind, Wasser und Biomasse sowie mehr Fördergelder für energetische Gebäudesanierungen. Zudem sollen die Behörden in den Bewilligungsverfahren für grosse Wasser- und Windkraftanlagen das nationale Interesse an diesen Anlagen grundsätzlich gleich stark gewichten, wie etwa den Natur- und Heimatschutz, welcher ebenfalls im nationalen Interesse liegt. Mit einer separaten Gesetzesvorlage (Strategie Stromnetze) wird ausserdem der Aus- und Umbau der Stromnetze beschleunigt.



Ziele: **Die Energiestrategie hat grundsätzlich zwei Ziele:**

1. Steigerung der Energieeffizienz
2. Förderung der inländischen erneuerbaren Energien

Zudem wird der geordnete Ausstieg aus der Atomenergie angestrebt.

Argumente dafür:

- JA zu einheimischer Energie: Geld bleibt hier!
- JA zum inländischen Gewerbe: Arbeit bleibt hier!
- JA zur Energieeffizienz: Typisch Schweiz!
- JA zu den Erneuerbaren: Energieversorgung stärken!
- JA zu mehr Nachhaltigkeit: naturverträglich Energie produzieren!
- JA für das Berggebiet: Wasserkraft stärken!
- JA: Weil die Gegner keine Alternativen bieten

Ja zu einheimischer Energie

Die Schweiz importiert pro Jahr Energie im Wert von rund 10 Milliarden Franken (Erdöl, Uran etc.)

Der Verdienst aus importierten Energieträgern geht ins Ausland: Beim Strom profitieren namentlich europäische Dreckstromproduzenten von Kohle und AKW – alle politischen Lager sind sich seit der Atomausstiegsinitiative einig, dass dies nicht der Weg sein kann. Bei Öl und Gas sind es Länder wie Libyen, Russland, Kasachstan, Nigeria oder Aserbaidschan. Das macht Diktatoren noch mächtiger und Oligarchen noch reicher, Regionen werden destabilisiert, Flüchtlingsströme erhöht.

Ja zu einheimischer Energie: Geld bleibt hier!

Die Schweizer Wasserkraft generiert bei den Investitionen und im Betrieb einen sehr hohen Anteil der Wertschöpfung im Inland. Gleiches gilt für Biogas, Solar- und Erdwärme, Holz und Windkraft. Auch bei der Photovoltaik liegt die Wertschöpfung mehrheitlich in der Schweiz. Planung, Installation und Wartung der Anlagen werden von Schweizer Firmen ausgeführt. Solarpanels aus Schweizer Produktion sind auf dem Markt.

Die Schweiz importiert pro Jahr Energie im Wert von rund 10 Milliarden Franken (Erdöl, Uran etc.)

Der Verdienst aus importierten Energieträgern geht ins Ausland: Beim Strom profitieren namentlich europäische Dreckstromproduzenten von Kohle und AKW – alle politischen Lager sind sich seit der Atomausstiegsinitiative einig, dass dies nicht der Weg sein kann. Bei Öl und Gas sind es Länder wie Libyen, Russland, Kasachstan, Nigeria oder Aserbaidschan. Das macht Diktatoren noch mächtiger und Oligarchen noch reicher, Regionen werden destabilisiert, Flüchtlingsströme erhöht.

Ja zu einheimischer Energie: Geld bleibt hier!

Die Schweizer Wasserkraft generiert bei den Investitionen und im Betrieb einen sehr hohen Anteil der Wertschöpfung im Inland. Gleiches gilt für Biogas, Solar- und Erdwärme, Holz und Windkraft. Auch bei der Photovoltaik liegt die Wertschöpfung mehrheitlich in der Schweiz. Planung, Installation und Wartung der Anlagen werden von Schweizer Firmen ausgeführt. Solarpanels aus Schweizer Produktion sind auf dem Markt.

Ja zum inländischen Gewerbe: Arbeit bleibt hier!

Die Energiestrategie ist ein guter Deal für den Arbeitsstandort Schweiz:

Durch das Gebäudeprogramm – gefordert von Bund und Kantonen – wurden 2014 Bau-Investitionen von 700 Millionen Franken ausgelöst. 5'000 zusätzliche Arbeitsplätze profitieren. Die Energiestrategie stärkt das Gebäudeprogramm.

Bauunternehmen, Elektroinstallateure, Gebäudetechniker, Betreiber von Wasserkraftwerken aber auch Bauern, Förster, Holzverarbeiter oder Ingenieure profitieren. Und das

in allen Kantonen der Schweiz, denn die Installation und Wartung der Systeme braucht regionale Arbeitskräfte.

Die Wissens-, Innovations- und Exportnation Schweiz profitiert durch die Planungs- und Investitionssicherheit, welche die Energiestrategie 2050 bringt. Neue Lösungen im Energie- und Effizienzbereich sind weltweit nachgefragt. Die Schweiz ist hervorragend aufgestellt, um hier wertvolle Marktanteile zu sichern.

Aus all diesen Gründen setzt sich die Schweizer Wirtschaft für die Energiestrategie ein. Der Gewerbeverband hat bereits die Ja-Parole beschlossen. In der Allianz „Schweizer Wirtschaft für die Energiestrategie 2050“ engagieren sich ausserdem Unternehmen und Unternehmer, die Arbeit und Einkommen für tausende Familien in der Schweiz schaffen: www.es2050.ch/wir-stehen-dahinter

JA zur Energieeffizienz: Typisch Schweiz

Effizienz ist im Interesse der Wirtschaft und unseres rohstoffarmen Landes. Die Energiestrategie setzt Effizienz-Ziele, schafft Anreize.

Effizienzsteigerung ist realistisch, denn Elektrogeräte werden immer effizienter. Obwohl der Gerätebestand in den letzten dreizehn Jahren 46% zugenommen hat, reduzierte sich deren Stromverbrauch im gleichen Zeitraum um 455 GWh pro Jahr (- 5.9%). Dies zeigt eine im Auftrag des Bundesamts für Energie durchgeführte Analyse der verkauften Elektrogeräte in der Schweiz: <http://www.admin.ch/medienmitteilung>

Zusätzlich zum Gebäudeprogramm sind Investitionen in Gebäude, die dem Energiesparen dienen, sowie Rückbaukosten für Ersatzneubauten künftig steuerlich abzugsfähig. Sie können über insgesamt drei Steuerperioden abgezogen werden. Davon profitieren die Immobilienbesitzer, die Umwelt und das lokale Gewerbe.

Effizienter werden auch unsere Autos. Die Autoimporteure müssen die CO₂-Emissionen von neuen Personenwagen in den nächsten 5 Jahren auf durchschnittlich 95 g CO₂/km reduzieren. Neu wird auch für Lieferwagen und leichte Sattelschlepper ein solcher Durchschnittswert definiert. Wie dieser Durchschnitt erreicht wird, ist den Importeuren freigestellt. Dank diesem System konnten bereits in der Vergangenheit die Emissionen pro Kilometer massiv reduziert werden – ohne dass die Käufer davon etwas gemerkt hatten. Mit dem neuen Ziel sparen Autofahrer durchschnittlich 400 Franken pro Jahr an Benzinkosten.

JA zu den Erneuerbaren: Energieversorgung stärken!

Die Energiestrategie baut neben der Energieeffizienz auf die Versorgung mit zuverlässiger, erneuerbarer und bezahlbarer Energie.

Investitionen in Erneuerbare Energiequellen sind Investitionen in die Zukunft. Die Energiestrategie übernimmt dafür Verantwortung: Mit einer zeitlich limitierten, marktnahen Forderung von erneuerbaren Energieanlagen. Die Stromproduzenten müssen ihren Strom selber vermarkten und erhalten eine Prämie, die sich an den Gestehungskosten abzüglich des Marktpreises orientiert. Diese Prämie wird aus dem Netzzuschlag gespeist, der neu um max. 0.8 Rp. /kWh erhöht werden kann. Endlich kann ein Teil der rund 40'000 Projekte (erwartete Produktion von über 6 TWh Strom pro Jahr!) auf der Warteliste für die kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) realisiert werden. Dies ist mehr als die gemeinsame Jahresproduktion der beiden AKW Beznau I und Beznau II.

JA zu mehr Nachhaltigkeit: naturverträglich Energie produzieren!

Die Energiestrategie 2050 verschafft der Schweiz gegenüber dem Szenario «Weiter wie bisher» gewichtige Fortschritte. Die Schweizer Energieversorgung wird effizienter, einheimischer und fusst stärker auf erneuerbaren statt fossilen oder atomaren Energie-

quellen. Die Schweizer Organisationen aus den Bereichen Heimat-, Natur-, Landschaft- und Umweltschutz stehen daher geschlossen zur Energiestrategie 2050. Erklärung der Schweizer NGOs.

JA für das Berggebiet: Wasserkraft stärken!

Die Wasserkraft ist das Fundament der Schweizer Stromversorgung. Laufwasserkraftwerke liefern jederzeit zuverlässig Bandenergie. Flexible Speicherkraftwerke insbesondere in den Bergen liefern zusätzlich Strom, genau dann, wenn wir ihn brauchen. Dank der Umgestaltung des Fördersystems wird die Wasserkraft in der Schweiz effizienter und umweltverträglicher gefördert. Davon profitiert auch das Berggebiet. Mit einer befristeten Marktprämie verschafft die Energiestrategie zudem Grossanlagen, die in finanziellen Schwierigkeiten stecken, den notwendigen Spielraum.

Deshalb setzt sich auch der Schweizer Wasserwirtschaftsverband für eine rasche Inkraftsetzung der Energiestrategie ein.

JA: Weil die Gegner keine Alternativen bieten

Die Schweizer Atomkraftwerke sind ins Alter gekommen. Das Werk Mühleberg wird 2019 vom Netz gehen. Die anderen Werke stehen öfter still und werden dem Beispiel Mühleberg mittelfristig folgen. Dies auch, weil sie schlecht rentieren.

Was sind also die Alternativen zur Energiestrategie?

– Dreckstrom aus dem Ausland importieren? Das verringert die Wertschöpfung in der Schweiz und ist schlecht für die Umwelt.

– Neue Atomkraftwerke in der Schweiz bauen? Dafür lassen sich weder Investoren noch Standorte finden. Das geplante neue AKW Hinkley Point in Grossbritannien braucht Subventionen von 50 Milliarden Schweizer Franken (Tendenz steigend) und einen garantierten Abnahmepreis (eine Art KEV) von 12 Rp. /kWh während ganzen 35 Jahren. Der Abnahmepreis ist fast dreimal so hoch wie der aktuelle Strommarktpreis. Dazu kommen noch ein Inflationsausgleich sowie Bürgschaften für sämtliche Darlehen und nicht gedeckte Entsorgungs-, Stilllegungs- und Versicherungskosten. Eine gute Lösung sieht anders aus.

Argumente der Gegner:

Die Energiestrategie führt zu einer Kostenexplosion

Die geschätzten Kosten der Energiestrategie 2050 belaufen sich in mehrstelliger Milliardenhöhe bis 2050 und mehreren Milliarden pro Jahr für Bevölkerung und Wirtschaft. Bezahlen müssten es die Konsumentinnen und Konsumenten mit höheren Preisen für Energie und Konsumgüter. Zudem ist zu befürchten, dass es zum Abbau von Arbeitsplätzen aufgrund höherer Produktionskosten und dem Wohlstandsverlust der Bevölkerung kommen wird.

Versorgungssicherheit gefährdet - Abhängigkeit vom Ausland steigt

Die Energiestrategie kann die Kriterien der Zuverlässigkeit und Bezahlbarkeit nicht gewährleisten, gefährdet den Werkplatz und macht die Schweiz noch abhängiger vom Ausland. Sie will der Bevölkerung und der Wirtschaft ein enges, planwirtschaftliches Korsett auferlegen. Die geplanten Verbote, Subventionen, Steuern und Abgaben können die Probleme nicht lösen, die der Kernenergieausstieg mit sich bringt. Damit müsste die Schweiz, besonders in Wintermonaten, massiv Strom importieren. Die Schweiz wäre damit vom Ausland und den Preisen auf dem internationalen Markt energiepolitisch stark abhängig.

Neue Subventionen, mehr Regulierungen und Bürokratie

Die Energiestrategie ist weit vom Markt entfernt. Alleine mit der kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) werden ineffiziente Energieträger bevorzugt und andere

zwangsläufig schlechter gestellt. Ebenso wurden in den letzten Jahren bei der Kernenergie diverse Massnahmen verschärft, welche eine Schlechterstellung dieses Energieträgers bewirkten.

Bevormundung für Konsumentinnen und Konsumenten

Auch bei der Stromsteuerung wird es Änderungen geben. Intelligente Netze steuern die Stromflüsse und sichern die Netzstabilität. Im Endeffekt wird jedoch jedes Haus eine solche Steuerung besitzen, welche dem Stromproduzenten genaue Angaben im Minutentakt über den Verbrauch gibt. Durch die genaue Steuerung kann der Produzent dem Konsumenten zu gewissen Zeiten auch stromintensive Anwendungen verbieten. Diese Bevormundung gilt es zu verhindern.

Gebäudeprogramm

In der Schweiz fallen über 40% des Energieverbrauchs und der klimaschädlichen CO₂-Emissionen im Gebäudebereich an. Bund und Kantone wollen mit dem Gebäudeprogramm den Energieverbrauch im Schweizer Gebäudepark erheblich reduzieren und den CO₂-Ausstoss senken. Dafür richten sie finanzielle Beiträge an energetische Sanierungen von Gebäuden aus. Das Programm wird teilweise über die Erträge der CO₂-Abgabe auf Brennstoffen finanziert. Mit der Energiestrategie steht mehr Geld aus der CO₂-Abgabe für das Gebäudeprogramm zur Verfügung, womit dieses verstärkt wird.

Chance für die Landwirtschaft

Die Landwirtschaftskammer (LAKA) hat sich mit übergrosser Mehrheit (63 zu 4 Stimmen) für die Unterstützung der Energiestrategie ausgesprochen. Dafür spricht aus Landwirtschaftssicht das grosse Potenzial, das die Landwirtschaft in der Bereitstellung von Strom und Wärme aus erneuerbaren Energien hat. Auf grossen Dächern von Ställen und Scheunen kann über Photovoltaik umweltfreundlich Strom bereitgestellt werden. Über die Nutzung von Hofdünger und Co-Substraten können die Landwirte in einer Biogasanlage Strom und Wärme produzieren, was zu zusätzlicher Wertschöpfung auf den Betrieben führt. Viele solcher landwirtschaftlichen Projekte sind bereits geplant und stehen auf der KEV-Warteliste. Sie können nur in die staatliche Förderung aufgenommen und realisiert werden, wenn das Stimmvolk am 21. Mai 2017 Ja zur Energiestrategie 2050 sagt. Über die inländische Produktion von Strom aus erneuerbarer Energie kann die Landwirtschaft ausserdem einen Beitrag zur geringeren Stromabhängigkeit vom Ausland leisten. Über Energieeffizienzprogramme wird die Effizienz gefördert und so die Nachhaltigkeit der in der Schweiz produzierten Nahrungsmittel weiter verbessert.

Kosten der Energiestrategie

Den erheblichen Investitionen in Energieeffizienz stehen bedeutende Einsparungen bei den Energieimporten gegenüber. Aufgrund der durch die gesteigerte Stromeffizienz reduzierten Stromnachfrage fallen die Investitionen in den Kraftwerkspark bis 2050 geringer aus, als dies ohne solche Effizienzgewinne der Fall wäre. Es sind jedoch beträchtliche Investitionen insbesondere für den Zubau der Stromproduktion aus erneuerbaren Energieträgern nötig. Die Mehrkosten aufgrund des Verzichts auf neue Kernkraftwerke dürften sich auf insgesamt rund 30 Milliarden Franken bis 2050 belaufen - das heisst pro Jahr rund 1 Milliarde Franken.

Der maximale **Zuschlag für die Förderung der Stromproduktion aus erneuerbaren Energien und Gewässersanierungen** (sog. Netzzuschlag) wird auf 2,3 Rappen pro Kilowattstunde erhöht. Das heutige Maximum des Netzzuschlags wird mit 1,5 Rappen/kWh ab dem 1. Januar 2017 ausgeschöpft (siehe: Parlamentarische Initiative 12.400). Der Netzzuschlagsfonds ist derzeit mit positiven Bescheiden vollständig ausgelastet. Es gibt eine

Warteliste mit rund 40'000 Gesuchen (Stand: Juni 2016), welche mit den heutigen Mitteln nur noch unwesentlich abgebaut werden kann. Neue Anmeldungen für die KEV können nicht mehr berücksichtigt werden. Von den 2,3 Rp/kWh sind 0,2 Rappen für die Unterstützung bestehender Grosswasserkraftanlagen vorgesehen. (Applaus)

Keine Diskussion

Franziska Roth: die GL empfiehlt die JA-Parole

Beschluss: Die Delegierten der Sozialdemokratischen Partei beschliessen einstimmig die JA-Parole zur Energiestrategie 2050.

Applaus

8. Varia

Franziska Roth:

- bitte Abstimmungsmaterial mitnehmen
- Bitte Transparenzinitiative unterzeichnen
- die SP Grenchen bietet noch Wurst und Brot an, macht Gebrauch davon und herzlichen Dank an die SP Sektion für Mithilfe



Der Parteitag ist geschlossen: Applaus

Für das Protokoll:

Niklaus Wepfer, 9. August 2017